



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel III:
Attraktivität der Pflegeausbildung weiter steigern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel oder durch Umschichtungen im Haushalt eine neue Ausbildungsoffensive für die Pflege zu starten, um noch mehr junge Menschen für diesen Beruf zu begeistern.

Diese Offensive sollte aus den folgenden Bausteinen bestehen, die die Attraktivität einer Ausbildung im Bereich der Pflege weiter steigern:

- aus einem Modul im Umfang von drei bis zwölf Monaten, mit dem die Ausbildung im Rahmen der generalistischen Pflegeausbildung in einem vom Auszubildenden frei zu wählenden Partnerland abgeleistet werden kann,
- aus einer Initiative auf Bundesebene für eine Vergütung der Pflegestudierenden während ihres Studiums nach dem Modell der Studierenden im Bereich der Hebammenkunde.

Der Landtag appelliert an alle Träger der praktischen Ausbildung, im Falle einer Übertragung der Organisation der praktischen Ausbildung an eine Pflegeschule, die im Rahmen des Pauschalbudgets für die praktische Ausbildung für diese Aufgabe vorgesehenen Mittel den Schulen vollumfänglich zur Verfügung zu stellen, soweit dies nicht bereits der Fall ist. Nur so können die notwendigen Ressourcen von den Pflegeschulen auch vorgehalten werden, um der übertragenen Aufgabe gerecht werden zu können und eine Beeinträchtigung der eigentlichen pädagogischen Kernaufgabe zu vermeiden.

Begründung:

In den kommenden Jahren wird der Anteil Älterer an der Gesamtbevölkerung in Deutschland deutlich zunehmen. Zugleich erreichen ältere Menschen häufiger ein sehr hohes Alter. Der Anteil der über 80-Jährigen wird von derzeit vier Prozent auf rund 12 Prozent im Jahr 2050 ansteigen. Mit zunehmendem Alter wächst das Risiko, hilfs- und pflegebedürftig zu werden. Deshalb muss – um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern – alles Mögliche getan werden, um junge Menschen für eine Tätigkeit im Gesundheitswesen zu begeistern.

Ein Auslandsjahr kann hier ein wichtiges Attraktivitäts-Plus sein. Junge Leute zieht es ins Ausland. Im Bereich der generalistischen Pflege-Ausbildung sollen sie sich diesen Wunsch bezahlt in einem frei zu wählenden Umfang von drei, sechs, neun oder zwölf Monaten und in einem Partner-Land ihrer Wahl erfüllen können.

Im Bereich des Hebammenstudiums konnte eine Vergütung bereits durchgesetzt werden. Dies muss nun analog auch für die Pflegestudiengänge geschehen. Nur so werden wir uns der vom Wissenschaftsrat geforderten Quote von 10 bis 20 Prozent akademisch gebildeter Absolventinnen und Absolventen in der Pflege annähern können. Viele junge Leute haben den Wunsch nach einem akademischen Abschluss. Durch die – aufgrund des demografischen Wandels – zunehmende Multimorbidität der Pflegebedürftigen hat eine höhere Quote akademisch gebildeter Absolventinnen und Absolventen als die aktuellen 0,5 Prozent tatsächlich eine Berechtigung.